

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1974

Ausgegeben am 12. Feber 1974

33. Stück

- 83.** Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der A 21 Wiener Außenring Autobahn im Bereich der Gemeinden Wien, Leopoldsdorf, Lanzendorf und Schwechat
- 84.** Verordnung: Ausschließung der Neuherstellung von Weganschlüssen, Zu- oder Abfahrten für einen Abschnitt der B 92 Görtschitztal Straße
- 85.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau
- 86.** Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Lesotho betreffend die Weiteranwendung des österreichisch-britischen Rechtshilfeabkommens
- 87.** Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Raumordnung
- 88.** Übereinkommen (Nr. 135) über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb

83. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 14. Jänner 1974 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der A 21 Wiener Außenring Autobahn im Bereich der Gemeinden Wien, Leopoldsdorf, Lanzendorf und Schwechat

Auf Grund des § 4 Abs. 1 Bundesstraßengesetz 1971, BGBl. Nr. 286, wird verordnet:

Der Straßenverlauf der A 21 Wiener Außenring Autobahn wird im Bereich der Gemeinden Wien, Leopoldsdorf, Lanzendorf und Schwechat wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse beginnt bei Plan-km 4,45 im Bereich der Überschneidung mit der B 16 Odenburger Straße, verläuft in westlicher Richtung vorerst auf Wiener Stadtgebiet am Nordrand der Siedlung Rustenfeld, berührt in weiterer Folge die Gemeindegebiete von Leopoldsdorf, Lanzendorf und Schwechat und endet nach Überschreitung der Landesgrenze Niederösterreich-Wien im unmittelbaren Anschluß an die Überführung der Bahnlinie Groß Schwechat—Wolfsthal bei Plan-km 10,300.

Im einzelnen ist der Verlauf der Straßentrasse aus den beim Bundesministerium für Bauten und Technik, beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, beim Magistrat der Stadt Wien und bei den Gemeindeämtern Leopoldsdorf, Lanzendorf und Schwechat aufliegenden Planunterlagen (Maßstab 1 : 5000) zu ersehen.

§ 15 BStG 1971 findet auf vorangeführten Straßenteil Anwendung. Der in dessen Abs. 2 angeführte Geländestreifen beträgt 75 m beiderseits der Straßenachse.

Moser

84. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 21. Jänner 1974 betreffend die Ausschließung der Neuherstellung von Weganschlüssen, Zu- oder Abfahrten für einen Abschnitt der B 92 Görtschitztal Straße

Auf Grund des § 26 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, wird verordnet:

Für den Abschnitt der B 92 Görtschitztal Straße von km 61,65 bis km 64,22 (Einbindung in die B 70 Packer Straße) wird die Neuherstellung von Weganschlüssen, Zu- oder Abfahrten gänzlich ausgeschlossen.

Moser

85. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 28. Jänner 1974 betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten das Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau, BGBl. Nr. 256/1969, ratifiziert oder sind ihm beigetreten:

Staaten :	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde:
Äthiopien	21. Jänner 1969
Swasiland	20. Juli 1970
Bolivien	22. September 1970
Bundesrepublik Deutschland	4. November 1970
Niederlande (einschließlich Surinam)	30. Juli 1971
Sambia	4. Feber 1972
Barbados	12. Jänner 1973
Deutsche Demokratische Republik	27. März 1973

Fidschi und Mauritius haben erklärt, daß sie sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit als an das Übereinkommen gebunden betrachten.

Nachstehende Staaten haben anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder anlässlich der Abgabe ihrer Weitergeltungserklärung folgende Vorbehalte erklärt:

Bundesrepublik Deutschland

„Die Bundesrepublik Deutschland tritt dem Übereinkommen mit der Maßgabe bei, daß Artikel III des Übereinkommens auf Dienstleistungen im Verband der Streitkräfte keine Anwendung findet.“

Deutsche Demokratische Republik

Zu Artikel VII:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt, daß sie sich an die Bestimmung des Artikels VII der Konvention nicht gebunden betrachtet, wonach die Konvention zwischen dem Vertragsstaat, der einen Vorbehalt erklärt, und dem Vertragsstaat, der gegen diesen Vorbehalt Einspruch erhebt, nicht in Kraft tritt. Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Konvention auch zwischen dem Staat, der den Vorbehalt erklärt hat, und allen anderen Vertragsstaaten zu gelten hat, mit Ausnahme desjenigen Teiles der Konvention, auf den sich der Vorbehalt bezieht.“

Zu Artikel IX:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht durch die Bestimmungen des Artikels IX der Konvention gebunden, wonach Streitfälle zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention auf Ersuchen einer der am Streit beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zur

Entscheidung vorzulegen sind, und erklärt, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller am Streit beteiligten Parteien erforderlich ist, um einen Streitfall dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.“

Fidschi

„Die Vorbehalte des Vereinigten Königreiches 1 (a), (b), (d) und (f) werden bestätigt und erhalten, als der Lage Fidschis besser angepaßt, folgende Neufassung:

„Soweit Artikel III sich auf

- a) die Thronfolge,
- b) bestimmte Ämter in erster Linie zeremonieller Art,
- d) die Rekrutierung für die militärischen Streitkräfte und die Bedingungen für die Dienstleistung in diesen,
- f) die Beschäftigung verheirateter Frauen im öffentlichen Dienst

bezieht, wird er unter Vorbehalten angenommen, die bis zur Notifikation der Zurückziehung irgendeines Falles gelten.“

Alle anderen vom Vereinigten Königreich erklärten Vorbehalte werden zurückgezogen.“

Mauritius

„Die Regierung von Mauritius erklärt hiemit, daß sie sich als durch Artikel III nicht gebunden betrachtet, sofern dieser Artikel sich auf die Rekrutierung für die Streitkräfte und die Bedingungen für die Dienstleistung in diesen oder auf das Schöffen- beziehungsweise Geschworenenamt bezieht.“

Niederlande

„Diese Ratifikation erfolgt unter dem Vorbehalt, daß gemäß den einschlägigen Verfassungsbestimmungen die Thronfolge von der Anwendung des Artikels III des Übereinkommens ausgeschlossen wird.“

Swasiland

„(a) Artikel III des Übereinkommens wird auf die Entlohnung von Frauen auf bestimmten Posten im öffentlichen Dienst des Königreiches Swasiland nicht angewendet;

(b) Das Übereinkommen wird auf Angelegenheiten nicht angewendet, die gemäß Abschnitt 62 (2) der Verfassung des Königreiches Swasiland nach swasiländischem Recht und Brauch geregelt werden.“

Kreisky

86.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Abkommens wird genehmigt.

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Lesotho betreffend die Weiteranwendung des österreichisch-britischen Rechtshilfeabkommens vom 31. März 1931

LESOTHO

NOTE NO.

FR/TRT/16/1-60/6

The Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Lesotho presents its compliments to the Embassy of the Republic of Austria and has the honour to refer to the Convention between the Government of the United Kingdom and Austria regarding Legal Proceedings in Civil and Commercial Matters, signed at London on 31 March, 1931, re-applied by the Exchange of Notes at Vienna on 28 June, 1951.

The Government of the Kingdom of Lesotho, after having examined and considered the Said Convention, has decided to accept the rights, obligations and responsibilities of the Convention, and shall regard it as binding between the Republic of Austria and the Kingdom of Lesotho.

The Ministry has the honour to inform the Embassy that the appropriate Authority in Lesotho to which requests for assistance in legal proceedings should be addressed is the Master of the High Court of Lesotho, Maseru.

The Ministry further has the honour to draw to the attention of the Embassy that, although judicial assistance in criminal matters is not covered by the above-mentioned Convention, certain assistance in taking evidence is available subject to the laws of Lesotho upon request to the Master of the High Court of Lesotho.

The Ministry wishes to propose that this Note and a reply indicating concurrence by the Austrian Embassy shall constitute an Agreement between the Government of Lesotho and the Government of the Republic of Austria in this matter. This Agreement shall enter into force on the day the two Governments notify each other that the requirements for its entry into force under their respective constitutional procedures have been fulfilled.

The Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Lesotho avails itself of this opportunity to renew to the Embassy of the Republic of Austria the assurances of its highest consideration.

MASERU

6th JULY 1972

(Seal)

(Übersetzung)

LESOTHO

NOTE NR.

FR/TRT/16/1-60/6

Das Außenministerium des Königreiches Lesotho begrüßt die Botschaft der Republik Österreich und beehrt sich, auf das österreichisch-britische Rechtshilfeabkommen, unterzeichnet am 31. März 1931 in London, wiederangewendet durch Notenwechsel in Wien vom 28. Juni 1951, Bezug zu nehmen.

Nach Prüfung des besagten Abkommens hat die Regierung des Königreiches Lesotho beschlossen, die Rechte und Verpflichtungen des Abkommens anzuerkennen und das Abkommen als bindend zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Lesotho zu betrachten.

Das Ministerium beehrt sich, der Botschaft mitzuteilen, daß die zuständige Behörde in Lesotho, an die Rechtshilfeersuchen zu richten sind, der „Master of the High Court of Lesotho“, Maseru, ist.

Das Ministerium beehrt sich ferner, die Aufmerksamkeit der Botschaft darauf zu lenken, daß, obwohl Rechtshilfe in Strafsachen vom oberrwähnten Abkommen nicht erfaßt ist, eine gewisse Unterstützung bei der Beweisaufnahme im Rahmen der Rechtsvorschriften Lesothos auf Grund eines Ersuchens an den „Master of the High Court“ von Lesotho gewährt wird.

Das Ministerium schlägt vor, daß diese Note und eine Antwortnote der österreichischen Botschaft, welche Übereinstimmung anzeigt, ein Abkommen zwischen der Regierung von Lesotho und der Regierung der Republik Österreich in der gegenständlichen Angelegenheit darstellen soll. Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die beiden Regierungen einander mitteilen, daß die jeweiligen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hiefür gegeben sind.

Das Außenministerium des Königreiches Lesotho benützt diese Gelegenheit, der Botschaft der Republik Österreich die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

MASERU

6. JULI 1972

(Siegel)

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT
P R E T O R I A
Zl. 2514-A/72

Note Verbale

The Embassy of the Republic of Austria has the honour to refer to the note of the Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Lesotho dated 6 July, 1972, which reads as follows:

The Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Lesotho presents its compliments to the Embassy of the Republic of Austria and has the honour to refer to the Convention between the Government of the United Kingdom and Austria regarding Legal Proceedings in Civil and Commercial Matters, signed at London on 31 March, 1931, re-applied by the Exchange of Notes at Vienna on 28 June, 1951.

The Government of the Kingdom of Lesotho, after having examined and considered the Said Convention, has decided to accept the rights, obligations and responsibilities of the Convention, and shall regard it as binding between the Republic of Austria and the Kingdom of Lesotho.

The Ministry has the honour to inform the Embassy that the appropriate Authority in Lesotho to which requests for assistance in legal proceedings should be addressed is the Master of the High Court of Lesotho, Maseru.

The Ministry further has the honour to draw to the attention of the Embassy that, although judicial assistance in criminal matters is not covered by the above-mentioned Convention, certain assistance in taking evidence is available subject to the laws of Lesotho upon request to the Master of the High Court of Lesotho.

The Ministry wishes to propose that this Note and a reply indicating concurrence by the Austrian Embassy shall constitute an Agreement between the Government of Lesotho and the Government of the Republic of Austria in this matter. This Agreement shall enter into force on the day the two Governments notify each other that the requirements for its entry into force under their respective constitutional procedures have been fulfilled.

The Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Lesotho avails itself of this opportunity to renew to the Embassy of the Republic of Austria the assurances of its highest consideration.

The Republic of Austria agrees to the above mentioned proposal of the Kingdom of Lesotho. Accordingly, the note of the Kingdom of Lesotho and this note in reply shall constitute an Agreement between the two States.

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT
P R E T O R I A
Zl. 2514-A/72

Verbalnote

Die Botschaft der Republik Österreich beehrt sich, auf die Note des Außenministeriums des Königreiches Lesotho vom 6. Juli 1972 Bezug zu nehmen, welche folgendermaßen lautet:

Das Außenministerium des Königreiches Lesotho begrüßt die Botschaft der Republik Österreich und beehrt sich, auf das österreichisch-britische Rechtshilfeabkommen, unterzeichnet am 31. März 1931 in London, wiederangewendet durch Notenwechsel in Wien vom 28. Juni 1951, Bezug zu nehmen.

Nach Prüfung des besagten Abkommens hat die Regierung des Königreiches Lesotho beschlossen, die Rechte und Verpflichtungen des Abkommens anzuerkennen und das Abkommen als bindend zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Lesotho zu betrachten.

Das Ministerium beehrt sich, der Botschaft mitzuteilen, daß die zuständige Behörde in Lesotho, an die Rechtshilfeersuchen zu richten sind, der „Master of the High Court of Lesotho“, Maseru, ist.

Das Ministerium beehrt sich ferner, die Aufmerksamkeit der Botschaft darauf zu lenken, daß, obwohl Rechtshilfe in Strafsachen vom ob erwähnten Abkommen nicht erfaßt ist, eine gewisse Unterstützung bei der Beweisaufnahme im Rahmen der Rechtsvorschriften Lesothos auf Grund eines Ersuchens an den „Master of the High Court“ von Lesotho gewährt wird.

Das Ministerium schlägt vor, daß diese Note und eine Antwortnote der österreichischen Botschaft, welche Übereinstimmung anzeigt, ein Abkommen zwischen der Regierung von Lesotho und der Regierung der Republik Österreich in der gegenständlichen Angelegenheit darstellen soll. Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die beiden Regierungen einander mitteilen, daß die jeweiligen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hiefür gegeben sind.

Das Außenministerium des Königreiches Lesotho benützt diese Gelegenheit, der Botschaft der Republik Österreich die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Die Republik Österreich ist mit dem Inhalt der Note des Königreiches Lesotho einverstanden. Dementsprechend werden die Note des Königreiches Lesotho und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen den beiden Staaten darstellen.

The Embassy of the Republic of Austria avails itself of the opportunity to renew to the Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Lesotho the assurance of its highest consideration.

Pretoria, 14 July, 1972

THE MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
OF THE KINGDOM OF LESOTHO
M A S E R U

Die Botschaft der Republik Österreich benützt diese Gelegenheit, dem Außenministerium des Königreiches Lesotho die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Pretoria, 14. Juli 1972

AN DAS AUSSENMINISTERIUM
DES KÖNIGREICHES LESOTHO
M A S E R U

Auf Grund der vom Bundespräsidenten unterzeichneten und vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Justiz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichneten Ratifikationsurkunde sind die im fünften Absatz der Eröffnungsnote vorgesehenen Mitteilungen am 20. Dezember 1973 erfolgt; das Abkommen ist gemäß derselben Bestimmung am gleichen Tag in Kraft getreten.

Kreisky

87.

ABKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Raumordnung

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland haben im Interesse der Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung, insbesondere soweit sie die Gebiete nahe der gemeinsamen Staatsgrenze betreffen, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Zur Förderung und Erleichterung der Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung, insbesondere soweit sie die Gebiete nahe der gemeinsamen Staatsgrenze betreffen, wird eine österreichisch-deutsche Raumordnungskommission (im folgenden Kommission genannt) gebildet.

Artikel 2

Die Kommission hat mit allen geeigneten Mitteln unter Bedachtnahme auf die in der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften auf eine Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung, insbesondere soweit sie die Gebiete nahe der gemeinsamen Staatsgrenze betreffen, hinzuwirken. Zu diesem Zweck hat die Kommission

1. Vorschläge und Empfehlungen betreffend die Raumordnung in den genannten Gebieten auszuarbeiten und den zuständigen Stellen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen,
2. auf eine Koordinierung und Abstimmung der Maßnahmen der Raumordnung in der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland hinzuwirken.

Artikel 3

(1) Die Kommission besteht aus 18 Mitgliedern.

(2) Die Zusammensetzung der Kommission wird in ihrer Geschäftsordnung bestimmt, wobei jede Vertragspartei jeweils die Hälfte der Mitglieder bestellt. Sie kann für jedes von ihr bestellte Mitglied einen Stellvertreter ernennen.

(3) Zu den Sitzungen können Vertreter der fachlich berührten Ressorts und Sachverständige hinzugezogen werden.

Artikel 4

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden abwechselnd jeweils von einer der beiden Vertragsparteien auf die Dauer von zwei Jahren bestellt. Die jeweils andere Vertragspartei stellt den stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel 5

Die Vorschläge und Empfehlungen der Kommission werden einstimmig abgegeben, wobei jede Delegation eine Stimme hat.

Artikel 6

Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, in der sie insbesondere auch die Einsetzung von Unterkommissionen vorsehen kann.

Artikel 7

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Österreichischen Bundesregierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt mit dem auf seine Unterzeichnung folgenden dritten Monatsersten in Kraft. Es gilt für die Dauer von zehn Jahren. Seine Geltungsdauer verlängert sich sodann stillschweigend um weitere vier Jahre, wenn es nicht jeweils zum Ende eines Jahres mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Wien, am 11. Dezember 1973 in zwei Urschriften.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Ernst Veselsky m. p.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Schirmer m. p.

Abress m. p.

Das vorliegende Abkommen tritt gemäß seinem Artikel 8 am 1. März 1974 in Kraft.

Kreisky

§§.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Dieser Staatsvertrag ist im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen.

		(Übersetzung)
CONVENTION (No. 135) CONCERNING PROTECTION AND FACILITIES TO BE AFFORDED TO WORKER'S REPRESENTATIVES IN THE UNDERTAKING	CONVENTION (No. 135) CONCERNANT LA PROTECTION DES REPRÉSENTANTS DES TRAVAILLEURS DANS L'ENTREPRISE ET LES FACILITÉS A LEUR ACCORDER	ÜBEREINKOMMEN (Nr. 135) ÜBER SCHUTZ UND ERLEICHTERUNGEN FÜR ARBEITNEHMERVERTRETER IM BETRIEB
The General Conference of the International Labour Organisation,	La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,	Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,
Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Fifty-sixth Session on 2 June 1971, and	Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 2 juin 1971, en sa cinquante-sixième session;	die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 2. Juni 1971 zu ihrer sechsundfünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,
Noting the terms of the Right to Organise and Collective Bargaining Convention, 1949, which provides for protection of workers against acts of anti-union discrimination in respect of their employment, and	Notant les dispositions de la convention sur le droit d'organisation et de négociation collective, 1949, qui protège les travailleurs contre tous actes de discrimination tendant à porter atteinte à la liberté syndicale en matière d'emploi;	nimmt Kenntnis von den Bestimmungen des Übereinkommens über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, das den Schutz der Arbeitnehmer vor jeder gegen die Vereinigungsfreiheit gerichteten unterschiedlichen Behandlung im Zusammenhang mit ihrer Beschäftigung betrifft,
Considering that it is desirable to supplement these terms with respect to workers' representatives, and	Considérant qu'il est souhaitable d'adopter des dispositions complémentaires en ce qui concerne les représentants des travailleurs;	hält es für erwünscht, diese Bestimmungen in bezug auf Arbeitnehmervertreter zu ergänzen,
Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to protection and	Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à la protection des représen-	hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend Schutz und Erleichterun-

<p>facilities afforded to workers' representatives in the undertaking, which is the fifth item on the agenda of the session, and</p> <p>Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,</p>	<p>tants des travailleurs dans l'entreprise et aux facilités à leur accorder, question qui constitue le cinquième point à l'ordre du jour de la session;</p> <p>Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,</p>	<p>gen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb, eine Frage, die den fünften Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und</p> <p>dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.</p>
<p>adopts this twenty-third day of June of the year one thousand nine hundred and seventy-one the following Convention, which may be cited as the Workers' Representatives Convention, 1971:</p>	<p>adopte, ce vingt-troisième jour de juin mil neuf cent soixante et onze, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention concernant les représentants des travailleurs, 1971:</p>	<p>Die Konferenz nimmt heute, am 23. Juni 1971, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über Arbeitnehmervertreter, 1971, bezeichnet wird.</p>
<p style="text-align: center;">Article 1</p> <p>Workers' representatives in the undertaking shall enjoy effective protection against any act prejudicial to them, including dismissal, based on their status or activities as a worker's representative or on union membership or participation in union activities, in so far as they act in conformity with existing laws or collective agreements or other jointly agreed arrangements.</p>	<p style="text-align: center;">Article 1</p> <p>Les représentants des travailleurs dans l'entreprise doivent bénéficier d'une protection efficace contre toutes mesures qui pourraient leur porter préjudice, y compris le licenciement, et qui seraient motivées par leur qualité ou leurs activités de représentants des travailleurs, leur affiliation syndicale, ou leur participation à des activités syndicales, pour autant qu'ils agissent conformément aux lois, conventions collectives ou autres arrangements conventionnels en vigueur.</p>	<p style="text-align: center;">Artikel 1</p> <p>Die Arbeitnehmervertreter im Betrieb sind gegen jede Benachteiligung, einschließlich Kündigung, die auf Grund ihrer Stellung oder Betätigung als Arbeitnehmervertreter oder auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder ihrer gewerkschaftlichen Betätigung erfolgt, wirksam zu schützen, sofern sie im Einklang mit bestehenden Gesetzen oder Gesamtarbeitsverträgen oder anderen gemeinsam vereinbarten Regelungen handeln.</p>
<p style="text-align: center;">Article 2</p> <p>1. Such facilities in the undertaking shall be afforded to workers' representatives as may be appropriate in order to enable them to carry out their functions promptly and efficiently.</p> <p>2. In this connection account shall be taken of the characteristics of the industrial relations system of the country and the needs, size and capabilities of the undertaking concerned.</p> <p>3. The granting of such facilities shall not impair the efficient operation of the undertaking concerned.</p>	<p style="text-align: center;">Article 2</p> <p>1. Des facilités doivent être accordées, dans l'entreprise, aux représentants des travailleurs, de manière à leur permettre de remplir rapidement et efficacement leurs fonctions.</p> <p>2. A cet égard, il doit être tenu compte des caractéristiques du système de relations professionnelles prévalant dans le pays ainsi que des besoins, de l'importance et des possibilités de l'entreprise intéressée.</p> <p>3. L'octroi de telles facilités ne doit pas entraver le fonctionnement efficace de l'entreprise intéressée.</p>	<p style="text-align: center;">Artikel 2</p> <p>1. Den Arbeitnehmervertretern sind im Betrieb Erleichterungen zu gewähren, die geeignet sind, ihnen die rasche und wirksame Durchführung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.</p> <p>2. Hierbei sind die Eigenart des in dem betreffenden Land geltenden Systems der Arbeitsbeziehungen sowie die Erfordernisse, die Größe und die Leistungsfähigkeit des betreffenden Betriebs zu berücksichtigen.</p> <p>3. Die Gewährung solcher Erleichterungen darf das wirksame Funktionieren des betreffenden Betriebs nicht beeinträchtigen.</p>

Article 3

For the purpose of this Convention the term "workers' representatives" means persons who are recognised as such under national law or practice, whether they are—

- (a) trade union representatives, namely, representatives designated or elected by trade unions or by the members of such unions; or
- (b) elected representatives, namely, representatives who are freely elected by the workers of the undertaking in accordance with provisions of national laws or regulations or of collective agreements and whose functions do not include activities which are recognised as the exclusive prerogative of trade unions in the country concerned.

Article 4

National laws or regulations, collective agreements, arbitration awards or court decisions may determine the type or types of workers' representatives which shall be entitled to the protection and facilities provided for in this Convention.

Article 5

Where there exist in the same undertaking both trade union representatives and elected representatives, appropriate measures shall be taken, wherever necessary, to ensure that the existence of elected representatives is not used to undermine the position of the trade unions concerned or their representatives and to encourage co-operation on all relevant matters between the elected representatives and the trade unions concerned and their representatives.

Article 3

Aux fins de la présente convention, les termes « représentants des travailleurs » désignent des personnes reconnues comme tels par la législation ou la pratique nationales, qu'elles soient:

- a) des représentants syndicaux, à savoir des représentants nommés ou élus par des syndicats ou par les membres de syndicats;
- b) ou des représentants élus, à savoir des représentants librement élus par les travailleurs de l'entreprise, conformément aux dispositions de la législation nationale ou de conventions collectives, et dont les fonctions ne s'étendent pas à des activités qui sont reconnues, dans les pays intéressés, comme relevant des prérogatives exclusives des syndicats.

Article 4

La législation nationale, les conventions collectives, les sentences arbitrales ou les décisions judiciaires pourront déterminer le type ou les types de représentants des travailleurs qui doivent avoir droit à la protection et aux facilités visées par la présente convention.

Article 5

Lorsqu'une entreprise compte à la fois des représentants syndicaux et des représentants élus, des mesures appropriées devront être prises, chaque fois qu'il y a lieu, pour garantir que la présence de représentants élus ne puisse servir à affaiblir la situation des syndicats intéressés ou de leurs représentants, et pour encourager la coopération, sur toutes questions pertinentes, entre les représentants élus, d'une part, et les syndicats intéressés et leurs représentants, d'autre part.

Artikel 3

Als „Arbeitnehmervertreter“ im Sinne dieses Übereinkommens gelten Personen, die auf Grund der innerstaatlichen Gesetzgebung oder Praxis als solche anerkannt sind, und zwar

- a) Gewerkschaftsvertreter, d. h. von Gewerkschaften oder von deren Mitgliedern bestellte oder gewählte Vertreter, oder
- b) gewählte Vertreter, d. h. Vertreter, die von den Arbeitnehmern des Betriebs im Einklang mit Bestimmungen der innerstaatlichen Gesetzgebung oder von Gesamtarbeitsverträgen frei gewählt werden und deren Funktionen sich nicht auf Tätigkeiten erstrecken, die in dem betreffenden Land als ausschließliches Vorrecht der Gewerkschaften anerkannt sind.

Artikel 4

Durch die innerstaatliche Gesetzgebung, durch Gesamtarbeitsverträge, Schiedssprüche oder gerichtliche Entscheidungen kann bestimmt werden, welche Art oder Arten von Arbeitnehmervertretern Anspruch auf den Schutz und die Erleichterungen haben, die in diesem Übereinkommen vorgesehen sind.

Artikel 5

Sind in einem Betrieb sowohl Gewerkschaftsvertreter als auch gewählte Vertreter tätig, so sind nötigenfalls geeignete Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, daß das Vorhandensein gewählter Vertreter nicht dazu benutzt wird, die Stellung der beteiligten Gewerkschaften oder ihrer Vertreter zu untergraben, und um die Zusammenarbeit zwischen den gewählten Vertretern und den beteiligten Gewerkschaften und ihren Vertretern in allen einschlägigen Fragen zu fördern.

Article 6	Article 6	Artikel 6
<p>Effect may be given to this Convention through national laws or regulations or collective agreements, or in any other manner consistent with national practice.</p>	<p>L'application des dispositions de la convention pourra être assurée par voie de législation nationale, de conventions collectives ou de toute autre manière qui serait conforme à la pratique nationale.</p>	<p>Die Durchführung dieses Übereinkommens kann durch die innerstaatliche Gesetzgebung, durch Gesamtarbeitsverträge oder auf irgendeine andere, den innerstaatlichen Gepflogenheiten entsprechende Art und Weise erfolgen.</p>
Article 7	Article 7	Artikel 7
<p>The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.</p>	<p>Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.</p>	<p>Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.</p>
Article 8	Article 8	Artikel 8
<p>1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.</p> <p>2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.</p> <p>3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.</p>	<p>1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.</p> <p>2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.</p> <p>3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.</p>	<p>1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.</p> <p>2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.</p> <p>3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.</p>
Article 9	Article 9	Artikel 9
<p>1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.</p> <p>2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will</p>	<p>1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.</p> <p>2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nou-</p>	<p>1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum ersten Mal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.</p> <p>2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeit-</p>

be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 10

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 11

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding Articles.

Article 12

At such times as it may consider necessary the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall examine the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 13

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new

velle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 10

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Article 11

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

Article 12

Chaque fois qu'il le jugera nécessaire, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail présentera à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et examinera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

Article 13

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente con-

raum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 10

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 11

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise ab-

Convention otherwise provides—	vention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:	ändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:
<p>(a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall ipso jure involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 9 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;</p> <p>(b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.</p>	<p>a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 9 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;</p> <p>b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.</p>	<p>a) die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 9, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.</p> <p>b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.</p>
<p>2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.</p>	<p>2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant révision.</p>	<p>2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.</p>
<p style="text-align: center;">Article 14</p> <p>The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.</p>	<p style="text-align: center;">Article 14</p> <p>Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.</p>	<p style="text-align: center;">Artikel 14</p> <p>Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.</p>

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt und von diesem am 6. August 1973 eingetragen; das Übereinkommen tritt gemäß seinem Artikel 8 Absatz 3 am 6. August 1974 in Kraft.

Nach einer Mitteilung des Generaldirektors des Internationalen Arbeitsamtes vom 7. August 1973 ist die Ratifikation des Übereinkommens durch folgende weitere Staaten eingetragen worden:

Elfenbeinküste, Frankreich, Irak, Kuba, Niger, Sambia, Schweden, Spanien, Ungarn, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland.

Kreisky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 252-70, inklusive 8% Umsatzsteuer, für Inlands- und S 320— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 54 g inklusive 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 2-15 inklusive 8% Umsatzsteuer für das Stück, in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, entgegengenommen.

Als **Bezugsanmeldung** gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die **Bezugsanmeldung** gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die **Bezieher** werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.